



Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare durch neuen Verfassungsartikel

Referat von Bastian Baumann, Co-Präsident Pro Aequalitate und Geschäftsleiter PINK CROSS

Es gilt das gesprochene Wort.

Es wäre das erste Mal seit 1848, dass wir die genaue Definition der Ehe in unsere Bundesverfassung schreiben würden. Was seit über 168 Jahren keine genaue Definition erforderte, soll nun plötzlich im Jahr 2016 doch notwendig sein. Die CVP stützt sich in ihrer Argumentation darauf, nur geltendes Recht in die Verfassung zu implementieren. Ich frage mich, warum wir dann weiterhin Gesetze, Verordnungen oder Erlasse brauchen, wenn wir heute sowieso alles in unsere Bundesverfassung schreiben wollen?

Die Bundesverfassung steht auf der obersten Stufe des schweizerischen Rechtssystems. Lassen Sie mich in Bildern sprechen. Wäre unser Rechtssystem ein Haus, wäre die Bundesverfassung das Fundament. Unsere Grundlage. Sie beschreibt unter anderem unsere grundsätzlichen Spielregeln des Zusammenlebens und am Ende impliziert unsere Wertehaltungen und unser Umgang mit Minderheiten, unsere Offenheit aber und unsere Grenzen. Die Gestaltung des Hauses, dessen Aussehen und Inneneinrichtung und dessen Bewohner, das überlassen wir den Gesetzen und Verordnungen, die sich wie der Baustil der Häuser auch den lokalen Gegebenheiten anpassen können. Dieses System darf durchlässiger sein und muss mit der Zeit gehen. Normalerweise überlässt es die Schweiz den Menschen selbst, wie sie ihre Wohnungen einrichten oder wen sie zum Nachtessen einladen wollen. Doch genau hier will die CVP-Ehe-Initiative alte Wertevorstellungen in die Wohnungen der Schweizerinnen und Schweizer bringen.

Mit der starren Ehe-Definition der CVP-Ehe-Initiative verändern wir nicht nur eine Farbe der Hausfassade, die sich später vielleicht wieder umstreichen lässt. Nein, mit der CVP-Ehe-Initiative verändern wir unser gesellschaftliches Fundament. Sie rüttelt an unseren Werten. Es spielt eben doch eine Rolle, ob etwas in Gesetzen steht, oder ob wir eine Moralvorstellung tief in unser Fundament, ergo unsere Bundesverfassung, schreiben.

Schwule und Lesben sind sich Diskriminierungen leider gewöhnt. Im Europa-Ranking der Homosexuellen-Rechte belegen wir lediglich Platz 31. In meinem Arbeitsalltag erlebe ich täglich Menschen, die vom Arbeitsplatz weggemobbt werden, den Mietvertrag nicht erhalten, weil die Vermieterin homophob ist, oder die vielen Rückmeldungen von Schwulen und Lesben, wie sie täglich angestarrt, angepöbelt oder noch schlimmer angegriffen werden.

Die Schweiz lebt von Vielfalt. Wir würden uns langweiligen, wenn jedes einzelne Haus in der Schweiz gleich aussehen würde. Jede Blume die gleiche Farbe hätte. Jeder denselben Wintermantel tragen müsste. Wir alle schätzen und leben Diversität. Wird nun wie von der CVP gefordert die Ehe-Definition als starres Konstrukt zwischen Mann und Frau in die Verfassung geschrieben, zerstören wir mutwillig diese Vielfalt. Es wäre für mich als Schwuler, als Schweizer, als Steuerzahler und als Mitglied dieser Gesellschaft eine grosse Enttäuschung, wenn die Schweiz sich explizit und bewusst gegen homosexuelle Menschen stellen würde. Ich trage unsere Verfassung in Ehren und ich bin nicht bereit, für eine Steueroptimierung unsere Grundwerte zu verraten.

Das Partnerschaftsgesetz kennt zur Ehe auch heute noch über 20 Unterschiede. Das Partnerschaftsgesetz wird deshalb nie ein gleichberechtigter Ersatz zur Ehe darstellen. Denn nur die Öffnung, das Teilen eines Privilegs, führt zu tatsächlicher Gleichstellung und hat einen hohen symbolischen Charakter. Es ist, als wären wir zum Nachtessen eingeladen, aber Schwule und Lesben müssten in einem

separaten Raum dinieren und bekämen zudem noch qualitativ schlechteres Essen, anstatt im grossen Esszimmer gemeinsam mit allen anderen zu speisen.

Dieses Gemeinsam ist mir wichtig. Gemeinsam wollen wir weitergehen und uns gegen den drohenden Rückschritt wehren. Unsere Kampagne gegen die CVP-Ehe-Initiative heisst darum auch „gemeinsam weiter“. Ich bitte Sie, nach Möglichkeit, in ihrer Berichterstattung auf diese Kampagne hinzuweisen.

Schwule und Lesben sind Teil der Bevölkerung – mit den genau gleichen Pflichten wie alle anderen. Aber immer wieder mit weniger Rechten. Wer der CVP-Initiative zustimmt, nimmt meine Diskriminierung in Kauf. Meine Diskriminierung, aber auch die Diskriminierung von über 500'000 homosexuellen Menschen in der Schweiz. Sich einzugestehen zu diskriminieren, würde ich mir von der CVP auch erhoffen. Doch ihre Vertreterinnen und Vertreter verstecken sich nun hinter halbweisen Rechtsweisen und schieben den Schwarzen Peter dem Parlament zu, anstatt sich selber und den Wählerinnen und Wählern die homophoben und rückständigen Züge ihrer Initiative einzugestehen. Die Initiative ist eine Mogelpackung und beschneidet die Wahlfreiheit der Schweizer Bevölkerung. Sie ist deshalb entschieden abzulehnen.